Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2024/2121(INI)

14.5.2025

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für regionale Entwicklung

zu der Bedeutung der Kohäsionspolitik bei der Unterstützung des gerechten Übergangs
(2024/2121(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Giusi Princi

PA_NonLeg

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten unterbreitet dem federführenden Ausschuss für regionale Entwicklung folgende Änderungen:

Änderungsantrag 1

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– gestützt auf die Artikel 4, Artikel 162, Artikel 174 bis 178 und Artikel 349 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),	– gestützt auf die Artikel 4, ***Artikel 9, Artikel 151, Artikel 153,*** Artikel 162, Artikel 174 bis 178 und Artikel 349 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

Änderungsantrag 2

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die europäische Säule sozialer Rechte und den dazugehörigen Aktionsplan,

Änderungsantrag 3

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 2 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 5. März 2025 mit dem Titel „Die Union der Kompetenzen“ (COM(2025)0090),

Änderungsantrag 4

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/691 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1309/2013[1a],
	[1a] ABl. L 153 vom 3.5.2021, S. 48, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/691/oj.

Änderungsantrag 5

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 23. November 2023 zur Schaffung von Arbeitsplätzen – gerechter Übergang und nachhaltiges Investieren[1a],
	[1a] ABl. C, C/2024/4224, 24.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4224/oj.

Änderungsantrag 6

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die von der Internationalen Arbeitsorganisation im Jahr 2015 angenommenen Leitlinien für einen gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle,

Änderungsantrag 7

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den von Enrico Letta am 17. April 2024 vorgelegten Bericht mit dem Titel „Much more than a market“ (Viel mehr als ein Markt),

Änderungsantrag 8

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 26. Februar 2025 mit dem Titel „Der Deal für eine saubere Industrie: Ein gemeinsamer Fahrplan für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung“ (COM(2025)0085),

Änderungsantrag 9

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass das ***ambitionierte*** Ziel des Übergangs zu einer CO2-neutralen Wirtschaft bis 2050 Chancen und neue Herausforderungen für die von diesem Übergang ***in negativer Weise betroffenen*** Regionen mit sich bringen kann;	A. ***in der Erwägung, dass eine ehrgeizige Umweltpolitik für langfristigen Wohlstand und langfristiges Wohlergehen unerlässlich ist;*** in der Erwägung, dass das Ziel des Übergangs zu einer ***modernen, wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und*** CO2-neutralen Wirtschaft bis 2050 Chancen und neue Herausforderungen für die von diesem Übergang ***beeinträchtigten*** Regionen mit sich bringen kann***, insbesondere für ländliche und abgelegene Gebiete***; ***in der Erwägung, dass ein besonderer Schwerpunkt auf die von diesem Übergang beeinträchtigten Regionen, Arbeitnehmer und betroffenen Gruppen von entscheidender Bedeutung ist, um sicherzustellen, dass niemand***

zurückgelassen wird; in der Erwägung, dass die geschlechtsspezifische Dimension des gerechten Übergangs berücksichtigt werden sollte;

Änderungsantrag 10

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass Randgebiete mit strukturellen Nachteilen konfrontiert sind, einschließlich einer weniger leistungsfähigen Infrastruktur, geringerer Investitionen und anhaltender sozioökonomischer Ungleichheiten, die durch den Bevölkerungsrückgang, die Abwanderung hochqualifizierter Kräfte und eine geringere industrielle Diversifizierung verschärft werden;

Änderungsantrag 11

Entschließungsantrag
Erwägung A b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ab. in der Erwägung, dass ein gerechter Übergang darin besteht, die sozialen und wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes zu maximieren und gleichzeitig alle Herausforderungen wie Arbeitsplatzverluste und unbeabsichtigte Folgen der Klimapolitik zu minimieren und sorgfältig zu bewältigen; in der Erwägung, dass im Rahmen eines gerechten Übergangs die soziale Inklusion sichergestellt, die Armut und die Ungleichheit verringert und das Potenzial zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, zur Förderung der Demokratie am Arbeitsplatz, zur Sicherstellung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und zum Schutz der

Arbeitnehmerrechte in allen Branchen ausgebaut werden sollte, um soziale Gerechtigkeit für alle sicherzustellen;

Änderungsantrag 12

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass viele der von der Dekarbonisierung am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige ***ungünstige Arbeitsbedingungen aufwiesen und*** von ***Saisonarbeitskräften abhängig*** waren***, die vor dem*** Übergang ***soziale*** Gerechtigkeit ***anstrebten***;	C. in der Erwägung, dass ***einige*** der von der Dekarbonisierung am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige ***seit jeher*** von ***entscheidender Bedeutung für die europäische Wirtschaft*** waren ***und Millionen von Arbeitsplätzen gestellt haben; in der Erwägung, dass der*** Übergang ***zu ökologischer Nachhaltigkeit mit wirtschaftlicher und sozialer*** Gerechtigkeit***, der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und der Wahrung hoher Sozialstandards einhergehen muss***;

Änderungsantrag 13

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass der EU-Fonds für einen gerechten Übergang ***als*** Schlüsselinstrument ***gedacht war***, mit dem sichergestellt ***werden sollte***, dass die Menschen in vom Übergang zur Klimaneutralität betroffenen Gebieten nicht zurückgelassen werden; in der Erwägung, dass bislang eine Ausschöpfungsquote von weniger als 5 % erreicht wurde;	D. in der Erwägung, dass der EU-Fonds für einen gerechten Übergang ***ein*** Schlüsselinstrument ***sein sollte***, mit dem sichergestellt ***wird***, dass die Menschen ***und insbesondere Arbeitnehmer*** in vom Übergang zur Klimaneutralität betroffenen Gebieten nicht zurückgelassen werden; in der Erwägung, dass ***jedoch*** bislang eine Ausschöpfungsquote von weniger als 5 % erreicht wurde; ***in der Erwägung, dass die Zahl der durch den EU-Fonds für einen gerechten Übergang geschaffenen Arbeitsplätze nicht ausreicht, um die Zahl der Arbeitsplätze zu kompensieren, die voraussichtlich durch die Umstellung***

	CO2-intensiver Wirtschaftszweige auf sauberere Technologien verloren gehen werden; in der Erwägung, dass das Schließen der Investitionslücke in Forschung und Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist, um sicherzustellen, dass alle Gebiete, einschließlich der Randgebiete, tatsächlich am ökologischen und digitalen Wandel teilhaben können; in der Erwägung, dass das Ziel der EU, 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren, um Innovationen zu fördern und einen inklusiven und gerechten Übergang in der gesamten EU sicherzustellen, noch nicht erreicht wurde; in der Erwägung, dass präventive Sozialpolitik durch frühzeitige Investitionen in die Bildung von Kindern und die Unterstützung von Familien in der Zukunft zu hohen sozialen Erträgen führt; in der Erwägung, dass der grüne und der digitale Wandel wirksame Sicherheitsnetze und Schutzmechanismen erfordert, um betroffene Arbeitnehmer zu unterstützen;

Änderungsantrag 14

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Da. in der Erwägung, dass Empfehlungen an die Mitgliedstaaten für eine Gesamtstrategie mit entsprechenden Haushaltmitteln zur Bekämpfung der Armut und insbesondere der Armut von Familien und Kindern in der EU und Politiken und Aktionen zu ihrer Durchführung die Vertiefung des Binnenmarkts sowie Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts fördern und das Ziel der Kommission für ein wettbewerbsfähiges und inklusives Europa der vielfältigen Regionen

unterstützen;

Änderungsantrag 15

Entschließungsantrag
Erwägung D b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Db. in der Erwägung, dass der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, die globale Klimakrise und Umweltverschmutzung mit ihren Auswirkungen auf Ernährung, Bildung, Gesundheit auch eine Krise der Kinderrechte in den unterschiedlichsten Regionen der EU darstellt und effektive, sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen sind, um sicherzustellen, dass Kinder und zukünftige Generationen mit Würde aufwachsen und für den zukünftigen Fachkräftemarkt gerüstet sind;

Änderungsantrag 16

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass ehemalige Torf- und Bergbauregionen Gefahr laufen, wirtschaftlich ***inaktiver*** zu werden, wenn keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden;	E. in der Erwägung, dass ehemalige Torf- und Bergbauregionen Gefahr laufen, wirtschaftlich ***deindustrialisierter und entvölkerter*** zu werden, wenn keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden; ***fordert eine rasche Umsetzung des Talentförderungsmechanismus, um der Abwanderung hochqualifizierter Kräfte entgegenzuwirken und die Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft zu unterstützen;***

Änderungsantrag 17

Entschließungsantrag

Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die Bewältigung des Übergangs zu einer CO2-neutralen Wirtschaft nicht nur den Übergang zu neuen Arbeitsplätzen in aufstrebenden Branchen unterstützen, sondern auch bestehende Arbeitsplätze und Branchen erhalten und an klimaneutrale und saubere Wirtschaftszweige und Technologien für die Menschen in den betroffenen Gebieten anpassen sollte; in der Erwägung, dass es wichtig ist, Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden das Gefühl der Unterstützung bei der Bewältigung von Übergängen zu vermitteln, um das Verständnis und die Akzeptanz für die Ziele der Strategie 2050 zu fördern;

Änderungsantrag 18

Entschließungsantrag
Erwägung E b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Eb. in der Erwägung, dass im Kompass für eine wettbewerbsfähige EU der Kommission hervorgehoben wurde, dass es wichtig ist, die Entwicklung von Kompetenzen, hochwertige Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit in allen Regionen zu fördern, wobei der Schwerpunkt darauf liegen sollte, das Qualifikationsdefizit und den Arbeitskräftemangel, die in der gesamten EU fortbestehen, zu beheben und eine uneingeschränkte Beteiligung am ökologischen und digitalen Wandel sicherzustellen; in der Erwägung, dass die Unterstützung für Arbeitnehmer und Arbeitssuchende in betroffenen Gebieten, wie Weiterqualifizierungs- und Umschulungsprogramme, Unterstützung

	bei der Arbeitssuche sowie Zugang zu öffentlichen Diensten, intensiviert werden muss, um sicherzustellen, dass sie sich an den sich wandelnden Arbeitsmarkt anpassen können; in der Erwägung, dass Investitionen in die Gründung neuer Unternehmen in zukunftsorientierten Branchen sowie die Unterstützung bestehender Unternehmen, insbesondere von KMU, im Rahmen der Neuausrichtung für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, bei denen die Arbeitnehmer ihre Kompetenzen einsetzen können, von entscheidender Bedeutung sind;

Änderungsantrag 19

Entschließungsantrag
Erwägung E c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ec. in der Erwägung, dass in Europa derzeit ein Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel zu verzeichnen ist, der die Wettbewerbsfähigkeit der Union beeinträchtigt, wie in den Berichten Draghi und Letta festgestellt wurde; in der Erwägung, dass eine strategische Dezentralisierung der industriellen und technologischen Entwicklung und Investitionen in Regionen, die vom Übergang betroffen sind, dazu beitragen können, solche Engpässe zu beheben, jedoch ausreichende Investitionen in die damit einhergehenden öffentlichen Dienste und Infrastrukturen wie Wohnraum, Bildung und Verkehr erfordern;

Änderungsantrag 20

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

Fa. in der Erwägung, dass die EU-27 in der Industrie 4,4 Millionen Arbeitsplätze verloren hat, was einem Rückgang von 13 % entspricht; in der Erwägung, dass dieser Verlust hauptsächlich zwischen 1995 und 2015 eingetreten ist; in der Erwägung, dass die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe zwischen dem dritten Quartal 2019 und 2024 um 853 000 gesunken ist;

Änderungsantrag 21

Entschließungsantrag
Erwägung F b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fb. in der Erwägung, dass die technische Unterstützung der Behörden im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang, des Programms „InvestEU“ und der Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor – die die drei Säulen des Mechanismus für einen gerechten Übergang bilden – gestärkt werden sollte;

Änderungsantrag 22

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. fordert die Kommission auf, im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in von Standortschließungen betroffenen Gebieten zu erleichtern, wobei in erster Linie Standorten im Umkreis von 50 km von Gebieten, in denen Arbeitsplatzverluste verzeichnet wurden, und anderen Gebieten, in denen die Auswirkungen solcher Verluste den Zugang zum Fonds für einen	1. ***ist der festen Überzeugung, dass das Hauptziel des Fonds für einen gerechten Übergang die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und nachhaltiger wirtschaftlicher Alternativen für Arbeitnehmer sein sollte, die vom Umstellungsprozess CO2-intensiver Wirtschaftszweige betroffen sind;*** fordert die Kommission auf, im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in

gerechten Übergang rechtfertigen würden, Vorrang beim Zugang zu Finanzmitteln eingeräumt werden sollte;	von Standortschließungen betroffenen Gebieten***, einschließlich Insel- und Bergregionen,*** zu erleichtern, wobei in erster Linie Standorten im Umkreis von 50 km von Gebieten, in denen Arbeitsplatzverluste verzeichnet wurden, und anderen Gebieten, in denen die Auswirkungen solcher Verluste den Zugang zum Fonds für einen gerechten Übergang rechtfertigen würden, Vorrang beim Zugang zu Finanzmitteln eingeräumt werden sollte***, und dabei mit den Mitgliedstaaten und Regionen zusammenzuarbeiten und neben geografischen Kriterien auch soziale Kriterien zu berücksichtigen, wie etwa die Arbeitslosenquoten, die sozioökonomische Unsicherheit und das erhöhte Risiko sozialer Ausgrenzung vor Ort***; ***betont, dass der Zugang zu Finanzmitteln auf einer gründlichen Analyse der tatsächlichen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen und nicht auf einer bloßen Logik der geografischen Nähe beruhen sollte; betont, dass diese Zonen vereinfachte Verwaltungsverfahren durch einheitliche Anlaufstellen, gezielte Unterstützung für lokale KMU bieten und ausdrücklich die Entwicklung von Kompetenz- und Ausbildungsprogrammen in Zusammenarbeit mit lokalen Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung und den Sozialpartnern verlangen sollten; betont, dass Unternehmen und Arbeitsplätze in der EU geschützt werden müssen; weist darauf hin, dass der Übergang nur dann gerecht sein wird, wenn sowohl die Arbeitnehmerrechte als auch die Möglichkeit für Unternehmen, erfolgreich zu sein, gewahrt bleiben;***

Änderungsantrag 23

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. weist darauf hin, dass die EU-Politik den wirtschaftlichen, territorialen und sozialen Zusammenhalt sicherstellen sollte, um strukturelle Unterschiede und Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen sowie soziale und territoriale Ungleichheiten zu überwinden; fordert ambitionierte Maßnahmen zur Unterstützung der Reindustrialisierung und zur Verhinderung der Deindustrialisierung europäischer Regionen durch strategische Investitionen und Entwicklungspläne für benachteiligte Regionen, insbesondere ländliche und abgelegene Gebiete; betont, dass die Grundsätze für einen gerechten Übergang mit den politischen Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes und der sozialen Gerechtigkeit einhergehen müssen;

Änderungsantrag 24

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. fordert die Einführung ***besonderer Regelungen in diesen Zonen***, ***einschließlich niedrigerer Steuersätze für Unternehmen*** und ***Investitionen sowie schnellerer*** Planungsentscheidungen; bekräftigt, dass durch solche Maßnahmen Arbeitsplätze und Chancen für die in diesen Regionen ***lebenden Menschen geschaffen*** werden können;	2. fordert die Einführung ***nachhaltiger Investitionsziele***, ***die die Unterstützung aus verschiedenen Fonds in die am stärksten betroffenen Branchen*** und ***Regionen mit Schwerpunkt auf den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen integrieren; fordert die Mitgliedstaaten auf, besondere Initiativen für diese Zonen in Betracht zu ziehen, die mit schnelleren*** Planungsentscheidungen ***und einer weiteren Verringerung des Verwaltungsaufwands einhergehen***; bekräftigt, dass durch solche Maßnahmen ***hochwertige*** Arbeitsplätze ***geschaffen, KMU unterstützt*** und Chancen für die ***Menschen sowie für Familienunternehmen und traditionelle***

	Unternehmen in diesen Regionen ***eröffnet*** werden können; ***betont, dass der Zugang zu Finanzmitteln für sozialwirtschaftliche Projekte des Fonds für einen gerechten Übergang unterstützt werden muss, um sicherzustellen, dass diese Projekte Zugang zu Finanzmitteln haben;***

Änderungsantrag 25

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. betont in diesem Zusammenhang, dass Investitionen in alle Stufen der ***allgemeinen*** und ***beruflichen Bildung*** in den betroffenen Gebieten Vorrang eingeräumt werden muss; hebt hervor, dass Mittel für ***Bildung*** bereitgestellt werden müssen;	5. ***betont, dass der EU-Haushalt eine wichtige Funktion bei der Stärkung des Rechts auf Bildung ab dem frühen Kindesalter und des Rechts auf Aus- und Weiterbildung sowie bei der Förderung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte durch Umschulung und Weiterqualifizierung, insbesondere im Zusammenhang mit Übergängen, erfüllt; betont, dass unbedingt konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung regionaler Ungleichheit in der allgemeinen und beruflichen Bildung einzuführen sind und ein gleichberechtigter Zugang zu hochwertiger und bezahlbarer Bildung für alle sicherzustellen ist; betont, dass die Bildungsstrategie dahingehend geändert werden muss, dass vielfältige Lehrplanoptionen angeboten werden, die auf Wachstumsbereiche und die Anforderungen der Region abstellen, um die Nachhaltigkeit der neuen Modelle für die lokale Wirtschaft langfristig zu sichern;*** betont in diesem Zusammenhang, dass Investitionen in alle Stufen der ***öffentlichen*** und ***der Berufsausbildung*** in den betroffenen Gebieten Vorrang eingeräumt werden muss; hebt hervor, dass Mittel für ***Ausbildungsbeihilfen*** bereitgestellt werden müssen***, um einkommensschwachen Gruppen den Zugang zu hochwertiger Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen***; ***fordert ein individuelles Recht auf bezahlte Aus- und***

	Weiterbildung während der Arbeitszeit und lebenslanges Lernen für alle Arbeitnehmer; betont, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Sozialpartnern, vorhandenen und künftigen Unternehmen, regionalen und lokalen Behörden und Bildungseinrichtungen im Rahmen von Partnerschaften ist, die gemeinsam aus dem ESF+ und dem Fonds für einen gerechten Übergang finanziert werden; betont, dass Lehrkräfte und Ausbildende eine entscheidende Rolle bei der Förderung des gerechten Übergangs spielen; betont, dass vorrangig in deren Weiterbildung investiert werden muss, um sie mit den Kompetenzen auszustatten, die sie benötigen, um den digitalen und den ökologischen Wandel bewältigen zu können;

Änderungsantrag 26

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. betont, dass diese Fonds verwendet werden sollten, um ein regionaler Beschleunigunger der nachhaltigen Entwicklung zu werden, der regionale und lokale Behörden, Sozialpartner, die Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft zusammenbringt, damit ein Erfolgszyklus der nachhaltigen Entwicklung entsteht, der sich wirtschaftlich und gesellschaftlich bezahlt macht und gerechte Übergänge erleichtert;

Änderungsantrag 27

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5b. fordert die Kommission und die

	Mitgliedstaaten auf, soziale Auflagen sicherzustellen, wenn privaten Unternehmen öffentliche Mittel gewährt werden, um so wiederum sicherzustellen, dass öffentliche Investitionen zu gemeinsamen und nachhaltigen Erträgen führen und dass die begünstigten Unternehmen sich am sozialen Dialog beteiligen, hochwertige Lehrlingsausbildung bereitstellen, Aus- und Weiterbildungen für Arbeitnehmer anbieten und hochwertige Praktika als Einstieg in qualifizierte Tätigkeiten in aufstrebenden Branchen gewährleisten; fordert Mechanismen, mit denen sichergestellt wird, dass Unternehmen, die öffentliche Mittel erhalten, ihren Verpflichtungen gegenüber der europäischen Wirtschaft und Arbeitnehmern nachkommen, einschließlich Bestimmungen zur Rückforderung solcher Mittel in Fällen, in denen Unternehmen aus Europa wegziehen;

Änderungsantrag 28

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert, ***dass mindestens 50 % der*** für Bildung ***bestimmten Mittel in den betroffenen Regionen für Lehrlingsausbildungen ausgegeben werden***, ***wobei die bereits in die*** Lehrlingsausbildung ***getätigten Investitionen anerkannt werden müssen***;	6. fordert ***die Mitgliedstaaten auf***, ***in die territorialen Pläne*** für ***einen gerechten Übergang einen gezielten Ansatz für*** Bildung, Lehrlingsausbildung ***und hochwertige Praktika aufzunehmen***;

Änderungsantrag 29

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. hebt hervor, dass durch den

Mangel an spezialisierten Lehrkräften Qualifikationslücken in strategischen Sektoren verschärft und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit weniger entwickelter Regionen untergraben wird; fordert die Ausarbeitung gezielter Programme zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs, vor allem in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), durch die Schaffung wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Anreize, und zwar insbesondere in den vom Übergang betroffenen Regionen; betont, dass es wichtig ist, spezifische Mittel für die innovative Ausbildung von Lehrkräften und Ausbildenden sowie für die Entwicklung digitaler pädagogischer Kompetenzen bereitzustellen, die für die Vorbereitung der Arbeitskräfte auf den industriellen Wandel von wesentlicher Bedeutung sind; fordert Maßnahmen zur Verbesserung der Gehälter und Arbeitsbedingungen von Lehrkräften, um qualifizierte Pädagogen anzuziehen und zu halten, insbesondere in Bereichen, die sich im Übergang befinden, und erkennt ihre entscheidende Rolle bei der Vorbereitung der Arbeitskräfte auf künftige industrielle Bedürfnisse an; fordert die Kommission auf, die Auswirkungen von Investitionen in die Ausbildung von Ausbildenden und Lehrkräften zu bewerten, um eine bessere Nutzung der Finanzmittel sicherzustellen und das von Studierenden und Arbeitskräften in weniger entwickelten Regionen erreichte Kompetenzniveau zu optimieren;

Änderungsantrag 30

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. fordert, dass ***die Mittel aus dem Europäischen*** Sozialfonds Plus (ESF+) stärker regional ausgerichtet ***werden*** und ***dass größere Synergieeffekte zwischen dem ESF+*** und ***dem*** Fonds ***für einen gerechten Übergang erzielt werden,*** und ***zwar insbesondere in Bezug auf die allgemeine und berufliche Bildung***;	7. fordert, dass ***der Europäische*** Sozialfonds Plus (ESF+) stärker regional ausgerichtet und ***der Schwerpunkt darauf gelegt wird, lokale*** und ***regionale Akteure stärker in die Verwaltung des*** Fonds ***einzubeziehen*** und ***ihnen mehr Finanzierungsmöglichkeiten zu bieten, da sie näher an den Bedürfnissen der Menschen sind***; ***weist darauf hin, dass der ESF+ als zentrales und vorrangiges Instrument zur Unterstützung der Mitgliedstaaten, der Menschen und der Regionen bei der Stärkung der sozialen Komponente der EU die vollständige Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR), ihres Aktionsplans und ihrer Kernziele sicherstellt; fordert größere Synergieeffekte zwischen einem starken, verstärkten und eigenständigen ESF+ und dem Fonds für einen gerechten Übergang; fordert die Kommission auf, angesichts der aktuellen Herausforderungen die Unterstützung des gerechten Übergangs, insbesondere in Bezug auf die allgemeine und berufliche Bildung und mit besonderem Augenmerk auf die Jugendbeschäftigung, in die spezifischen Ziele des ESF+ aufzunehmen; betont, dass gezielte Investitionen in die lokale Kompetenzentwicklung getätigt werden müssen, um sie an die Bedürfnisse der regionalen Industrie sowie an den digitalen und den ökologischen Wandel anzupassen;***

Änderungsantrag 31

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. begrüßt die von der Kommission angekündigte Einführung des Koordinierungsinstruments für Wettbewerbsfähigkeit und fordert dessen rasche Umsetzung in Einklang mit dem Europäischen Semester, der Europäischen Säule sozialer Rechte und der Union der Kompetenzen, um dem Mangel an hochwertigen öffentlichen Diensten, Infrastrukturen und hochwertigen Arbeitsplätzen sowie dem Qualifikationsdefizit in Regionen entgegenzuwirken, die Gefahr laufen, ihre sozioökonomische Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität zu verlieren; ist der Ansicht, dass dieses Instrument grenzüberschreitende Projekte erleichtern, Investitionen koordinieren, die Industrie- und Forschungspolitik aufeinander abstimmen, Umschulungs- und Weiterqualifizierungsprogramme fördern und gleichzeitig Nachhaltigkeits- und Gesundheitsfaktoren in seinen Rahmen einbinden sollte; betont, dass anhand des Instruments wirtschaftliche Ziele mit ökologischer Nachhaltigkeit und sozialem Zusammenhalt in Einklang gebracht werden sollten, um sicherzustellen, dass eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit zu einer besseren Lebensqualität, einer verbesserten territorialen Entwicklung und widerstandsfähigen Gemeinschaften in Übergangsregionen führt; ist der Ansicht, dass mithilfe des Instruments langfristige Investitionen in öffentliche und soziale Dienstleistungen sowie in Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten EU gefördert und gleichzeitig die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze unterstützt werden sollte, die sowohl zum wirtschaftlichen Wohlstand als auch zum Wohlergehen der Bürger beitragen;

Änderungsantrag 32

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert die Kommission auf, mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass Arbeitskräfte, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, ***einen Sonderstatus für die Teilnahme an*** aus ***dem ESF+ geförderten*** Beschäftigungs- und Ausbildungsprogrammen an ihrem Ort erhalten;	8. fordert die Kommission auf, mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass Arbeitskräfte, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, ***mit Unterstützung*** aus ***verfügbaren Mitteln Zugang zu*** Beschäftigungs- und Ausbildungsprogrammen an ihrem Ort erhalten; ***betont erneut den Stellenwert des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) für die gezielte Unterstützung von Arbeitnehmern, die von größeren Umstrukturierungsmaßnahmen betroffen sind, und legt den Mitgliedstaaten nahe, mit Unterstützung der Kommission den Fonds vollständig zu nutzen und Synergien mit den Kohäsionsfonds zu schaffen, um seine Wirksamkeit zu erhöhen; fordert verstärkte Bemühungen zur Umsetzung der Jugendgarantie, um eine höhere Zweckbindung durch die Mitgliedstaaten sicherzustellen, die sodann mindestens 15 % ihrer ESF+-Mittel für gezielte Maßnahmen und Strukturreformen aufwenden sollten, mit denen wiederum hochwertige Jugendbeschäftigung, berufliche Aus- und Weiterbildung, insbesondere durch vergütete, hochwertige Praktika und Berufsausbildung, die Erleichterung des Übergangs von der Schule ins Berufsleben, die Wiedereingliederung in die allgemeine oder berufliche Bildung und der zweite Bildungsweg gefördert werden sollen; bekräftigt in diesem Zusammenhang seine an die Mitgliedstaaten gerichtete Forderung, ausbeuterische Praktiken wie unbezahlte Praktika zu verbieten; stellt fest, dass sich der grüne Wandel unterschiedlich verschiedene demografische Gruppen auswirkt, wobei Frauen in aufstrebenden**

	grünen Sektoren häufig unterrepräsentiert sind; betont daher, wie wichtig es ist, dass bei der Gestaltung und Umsetzung von Übergangsmaßnahmen die Auswirkungen auf Männer und Frauen gleichermaßen berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass beide Geschlechter über gleiche Chancen auf den lokalen Arbeitsmärkten verfügen; erkennt die Notwendigkeit an, die Beteiligung von Frauen in den MINT-Bereichen zu fördern und Anreize für Sektoren zu schaffen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind; betont, dass die Unterstützung gezielter Initiativen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung eine stärkere Erwerbsbeteiligung ermöglichen, die lokale Wirtschaft ankurbeln und dazu beitragen kann, Qualifikationslücken zu schließen und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft zu stärken;

Änderungsantrag 33

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. betont, dass in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen ***Lehrlingsausbildungsprogramme*** für die ***betroffenen*** Gebiete entwickelt werden müssen, damit Lehrlinge Erfahrungen in ihren eigenen Gemeinschaften sammeln können und ***ihnen dadurch das*** „Bleiberecht“ ***gegeben*** wird;	9. betont, dass in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen ***Lehrlingsausbildungs- und hochwertige Praktikumsprogramme*** für die ***beeinträchtigten*** Gebiete entwickelt werden müssen, damit Lehrlinge ***sowie junge Arbeitskräfte und Menschen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEETs),*** Erfahrungen in ihren eigenen Gemeinschaften sammeln können und ***ihr*** „Bleiberecht“ ***gestärkt*** wird***, indem hochwertige Beschäftigungschancen geschaffen werden und die Lebensqualität verbessert wird, Anreize für Unternehmen gesetzt werden, in diesen Gebieten zu investieren und Arbeitskräfte einzustellen,***

	die Infrastruktur für Telearbeit gefördert und der Zugang zu EU-Mitteln für lokale Maßnahmen zur Bindung von Talenten verbessert wird, wodurch wiederum dem Bevölkerungsrückgang vorgebeugt und die nachhaltige Entwicklung der lokalen Wirtschaft sichergestellt wird*; *weist in diesem Zusammenhang erneut darauf hin, dass Investitionen in öffentliche Dienste und Infrastrukturen wie angemessener Wohnraum, Verkehr und Bildung wichtig sind;

Änderungsantrag 34

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. nimmt zur Kenntnis, dass digitale Technologien das Potenzial haben, den Zugang zu hochwertiger Bildung in weniger entwickelten Regionen zu verbessern; fordert die Kommission auf, die Entwicklung eines digitalen Bildungsökosystems zu unterstützen, das Online-Lernplattformen, digitales Lehrmaterial und freie Lern- und Lehrmaterialien umfasst; betont, dass es wichtig ist, öffentlich-private Partnerschaften in der beruflichen Bildung zu erleichtern, indem die Zusammenarbeit zwischen Ausbildungseinrichtungen und lokalen Unternehmen durch gemeinsam konzipierte Bildungsprogramme, Zeiträume für die Ausbildung am Arbeitsplatz und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse gefördert wird; betont, dass solche Partnerschaften in den Bereichen Digitales und Ausbildung die Möglichkeit eröffnen, die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen erheblich zu verbessern, wirksamer auf die tatsächlichen Bedürfnisse des regionalen Arbeitsmarktes zu reagieren und ein

	Kompetenzumfeld zu schaffen, in dessen Rahmen die lokale wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unterstützt wird; fordert die Umsetzung eines nachhaltigen Entwicklungsrahmens, dessen Gestaltung gezielt auf die Bewältigung der Folgen des strukturellen und demografischen Wandels in den einzelnen europäischen Regionen abzielt;

Änderungsantrag 35

Entschließungsantrag
Ziffer 9 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9b. legt den nationalen Arbeitsverwaltungen nahe, in den beeinträchtigten Regionen gezielte aktive Arbeitsmarktprogramme bereitzustellen, die betroffenen Gruppen Chancen auf Beschäftigung in aufstrebenden Sektoren eröffnen, insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz und nachhaltiges Bauwesen; begrüßt in diesem Zusammenhang das Paket „Union der Kompetenzen“, insbesondere den vorgeschlagenen Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern, die neue EU-Strategie für die berufliche Aus- und Weiterbildung, das Pilotprojekt zur Entwicklung von Kompetenzen und Bildung und die Unterstützung der EU-Kompetenzakademien; betont jedoch, dass der Schwerpunkt stärker auf Arbeitnehmer gelegt werden muss, die vom Übergang zu einer CO2-neutralen Wirtschaft und der Bereitstellung grüner Kompetenzen betroffen sind, und fordert die Kommission auf, dies als horizontale Priorität in allen künftigen Vorschlägen der „Union der Kompetenzen“ sicherzustellen;

Änderungsantrag 36

Entschließungsantrag
Ziffer 9 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9c. legt den Mitgliedstaaten nahe, Wohnungsgarantien, Programme für gemeinschaftliches Wohnen und Mietbeihilfen für Auszubildende und Studierende in Projekte aufzunehmen, die aus dem Fonds für einen gerechten Übergang und dem ESF+ unterstützt werden, insbesondere in Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit oder Bevölkerungsrückgang;

Änderungsantrag 37

Entschließungsantrag
Ziffer 9 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9d. fordert, dass das Partnerschaftsprinzip und der Europäische Verhaltenskodex für Partnerschaften bei der gesamten Programmplanung, Umsetzung und Überwachung der Kohäsionspolitik der EU gewahrt werden und dass eine enge Zusammenarbeit zwischen regionalen und lokalen Behörden, Interessenträgern und Gewerkschaften aufgebaut wird;

Änderungsantrag 38

Entschließungsantrag
Ziffer 9 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9e. weist darauf hin, dass die EU-Mittel (der ESI-Fonds und insbesondere der Europäische Sozialfonds Plus sowie die Aufbau- und Resilienzfazilität) und der Fonds für einen gerechten Übergang unterstützend zu den Investitionen der verschiedenen Regionen in die frühkindliche Bildung werden

	herangezogen;

Änderungsantrag 39

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Ersatzbeschäftigung	***Plan für hochwertige Arbeitsplätze***

Änderungsantrag 40

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. weist darauf hin, dass bei dem gerechten Übergang ***die einzigartige Situation der betroffenen Vollzeitbeschäftigten***, ***Teilzeitbeschäftigten*** und ***Studierenden außer Acht gelassen wurde; weist darauf hin, dass die Schaffung von saisonalen Ersatzarbeitsplätzen kaum oder gar nicht in Betracht gezogen wurde***;	10. weist darauf hin, dass bei dem gerechten Übergang ***alle betroffenen Arbeitnehmer berücksichtigt werden sollten***, ***insbesondere Vollzeit-*** und ***Teilzeitangestellte, Studierende sowie deren Familien und Kinder***;

Änderungsantrag 41

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass Hochschul- und Berufsbildungsräte Mittel für die Umschulung von Arbeitskräften ***und ihren Angehörigen*** – insbesondere derjenigen über 50 Jahre, die ihren Arbeitsplatz verloren haben – erhalten müssen; ***schlägt vor***, ***dass der*** Fonds für einen gerechten Übergang ***auch Umschulungsmöglichkeiten für*** die ***Partner*** und ***Ehepartner der betroffenen***	11. ***betont, dass wirksame Umschulungs- und Weiterqualifizierungsprogramme eine angemessene Planung und Vorbereitung frühzeitig vor einem Ausstieg oder einer einschneidenden industriellen Veränderung erfordern; ist der Ansicht, dass die mit den Sozialpartnern vereinbarten Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie von***

Arbeitskräfte bieten sollte;

wesentlicher Bedeutung sind, um die wirtschaftliche Rentabilität europäischer Industrieunternehmen zu fördern und Arbeitsplätze zu erhalten; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Unternehmen und insbesondere KMU dabei zu unterstützen, betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern und im Verlauf von Übergangszeiträumen gezielte Unterstützung zu gewähren; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Mechanismen einzuführen, die dazu beitragen, betriebsbedingte Kündigungen abzuwenden, wie etwa befristete Unterstützungsprogramme, die es ermöglichen, Arbeitsplätze während der Übergangsphase zu schützen und so zu verhindern, dass strategische industrielle Kapazitäten und Fachkräfte verloren gehen; stellt fest, dass in Fällen, in denen ein Arbeitsplatzwechsel erforderlich ist, ein Wechsel in einen strategischen Wirtschaftszweig oder eine Wachstumsbranche unter Berücksichtigung einer ausreichenden Anpassungszeit für die Arbeitnehmer gefördert und die notwendige Unterstützung bereitgestellt werden sollte, um den Übergang zu erleichtern und zu vermeiden, dass Arbeitnehmer finanzielle Verluste erleiden; betont, dass Hochschul- und Berufsbildungsräte Mittel für die Umschulung von Arbeitskräften – insbesondere derjenigen über 50 Jahre, die ihren Arbeitsplatz verloren haben – erhalten müssen; ***fordert die Mitgliedstaaten sowie die lokalen und regionalen Behörden auf***, ***die Chancen im Rahmen des*** Fonds für einen gerechten Übergang***, anderer Kohäsionsfonds und anstehender Initiativen im Rahmen der Union der Kompetenzen zu nutzen, um*** die ***Aus-*** und ***Weiterbildung, Qualifizierung und Umschulung von Arbeitnehmern in den Regionen des gerechten Übergangs gezielt zu unterstützen***;

Änderungsantrag 42

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. fordert Strategien zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Übergangsregionen und ländlichen Gebieten, die der Renovierung des Wohnungsbestands, dem dezentralen Einsatz erneuerbarer Energien und von der örtlichen Bevölkerung getragenen Energieeffizienzprogrammen als Schlüsselkomponenten eines gerechten und grünen Wandels Vorrang einräumen; betont, dass die Kohäsionspolitik und der Fonds für einen gerechten Übergang wichtig sind, um territoriale Ungleichheiten zu beseitigen und den Zugang zu erschwinglicher, nachhaltiger Energie und angemessenem Wohnraum sicherzustellen;

Änderungsantrag 43

Entschließungsantrag
Ziffer 12 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12b. betont, dass Investitionen in angemessenen Wohnraum und in energetische Nachrüstungen für einkommensschwache Haushalte rasche und hohe Erträge für öffentliche Mittel bringen, indem sie die Sozialausgaben senken, die Gesundheitsergebnisse verbessern und die Energiekosten reduzieren;

Änderungsantrag 44

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. weist darauf hin, dass in einigen Regionen der EU aufgrund des demografischen Wandels und ***der*** Migration ***eine anhaltende Abwanderung*** junger und qualifizierter Arbeitskräfte zu verzeichnen ist***, wovon insbesondere ländliche Gebiete betroffen sind***;	13. weist darauf hin, dass in einigen Regionen der EU***, insbesondere in ländlichen Gebieten,*** aufgrund des demografischen Wandels und ***fehlender wirtschaftlicher Chancen eine starke*** Migration junger und qualifizierter Arbeitskräfte ***in die Städte*** zu verzeichnen ist***; fordert die rasche Umsetzung des Talentförderungsmechanismus, wofür ausreichende Mittel bereitgestellt und einfache operative Verfahren geschaffen werden sollten, um der Abwanderung hochqualifizierter Kräfte entgegenzuwirken und so die Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft in den betroffenen Gebieten zu unterstützen***; ***ist besorgt über die langfristige wirtschaftliche Lebensfähigkeit dieser Regionen und ihre Gefahr, in Entwicklungsfallen zu geraten;***

Änderungsantrag 45

Entschließungsantrag
Ziffer 13 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13c. empfiehlt, dass integrierte territoriale Strategien ausdrücklich Ziele zur Verringerung der Energiearmut und zur Verbesserung der Wohnverhältnisse mit klaren Indikatoren und Überwachungsrahmen beinhalten; betont, dass Kommunen und lokale Akteure in die Lage versetzt werden müssen, ortsbezogene Lösungen zu entwerfen und umzusetzen, die den lokalen sozioökonomischen Gegebenheiten Rechnung tragen;

Änderungsantrag 46

Entschließungsantrag
Ziffer 13 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13d. fordert, dass ein Teil der Kohäsionsfonds speziell für die Renovierung der Wohnungen der einkommensschwächsten Haushalte und der am wenigsten energieeffizienten Gebäude bereitgestellt wird, die andernfalls beim grünen Wandel zurückgelassen würden;

Änderungsantrag 47

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. hebt hervor, dass ***die Kommission „Sozialvereinbarungen" für Beschäftigte für den Zeitraum 2025-2049 genehmigen muss***;	14. ***betont, dass der Fonds für einen gerechten Übergang dazu beigetragen hat, die Veränderungen in Gang zu setzen, die für die Umstrukturierung der lokalen Wirtschaft in den von fossilen Brennstoffen abhängigen Regionen notwendig sind;*** hebt ***jedoch*** hervor, dass ***das Ziel eines gerechten Übergangs bis zum Ende des laufenden Programms nicht erreicht werden wird, und unterstreicht, dass es notwendig ist, auch über das Jahr 2027 hinaus an der Erreichung dieses Ziels zu arbeiten***; ***unterstreicht die entscheidende Rolle des SURE-Instruments, wenn es darum geht, die Arbeitnehmer zu schützen und die schwerwiegenden negativen sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie abzumildern; betont, wie wichtig es ist, Arbeitnehmer, die von Übergängen betroffen sind, gezielt zu unterstützen, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf Umschulungsmöglichkeiten und Beschäftigungshilfe liegt; fordert einen verstärkten SURE-Mechanismus, da die Unterstützung solcher Beschäftigungsschutzmaßnahmen in Krisenzeiten die öffentlichen Ausgaben***

	für beschäftigungspolitische Maßnahmen und Maßnahmen für einen gerechten Übergang stabilisieren kann; fordert eine wirksame und nachhaltige Finanzierung für die Entwicklung von Kompetenzen und die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarkts im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Zeit nach 2027, wobei der Schwerpunkt auf der Schaffung von Wegen zu neuen hochwertigen Arbeitsplätzen und der Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Widerstandsfähigkeit der EU liegen sollte; fordert die Kommission auf, sowohl die Anzahl als auch die Qualität der in den betroffenen Regionen geschaffenen Arbeitsplätze zu beurteilen, um künftige Unterstützungsmaßnahmen besser an die regionalen Bedürfnisse anzupassen;

Änderungsantrag 48

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. erkennt an, dass die Umsetzung des Prozesses im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang ***Sache*** der Mitgliedstaaten ist***, betont jedoch, dass Vereinfachungen erforderlich sind und dass die Kommission bei der Unterrichtung der Mitgliedstaaten schneller vorgehen muss***;	15. erkennt an, dass die Umsetzung des Prozesses im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang ***ein gemeinsames Ziel*** der ***EU und der*** Mitgliedstaaten ist;

Änderungsantrag 49

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, dass der Fonds für einen gerechten Übergang weiterhin regional ausgerichtet sein muss; betont in diesem Zusammenhang, dass in den Plänen für

	einen gerechten Übergang die Komplexität der Zielregionen berücksichtigt werden muss, darunter die demografische Zusammensetzung oder sozioökonomische Faktoren; betont, dass alle Initiativen in enger Zusammenarbeit zwischen nationalen, lokalen und regionalen Behörden, Arbeitgebern, Arbeitnehmervertretern und anderen lokalen Interessenträgern umgesetzt werden müssen; fordert die Kommission auf, eine regelmäßig aktualisierte zentrale digitale Plattform einzurichten, auf der gestraffte Informationen über Unterstützung bei Umschulungen und Investitionsmöglichkeiten bereitgestellt werden, die durch entsprechende europäische Fonds in Regionen unterstützt werden, die vom Übergang zur Klimaneutralität betroffen sind; ist der Ansicht, dass diese Plattform sowohl Arbeitnehmern als auch Unternehmen dabei helfen könnte, Chancen in den betroffenen Regionen zu ermitteln;

Änderungsantrag 50

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ist der Ansicht, dass die Kommission klare Parameter für jeden einzelnen Mitgliedstaat in Bereichen wie Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung und der ***Möglichkeit für Drittinvestoren, die*** Kultur und ***die*** Traditionen ***ehemaliger Torf- und Bergbauregionen zu erhalten***, hätte festlegen sollen;	16. ist der Ansicht, dass die Kommission klare Parameter für jeden einzelnen Mitgliedstaat in Bereichen wie Investitionen in die ***öffentliche*** allgemeine und berufliche Bildung und ***dem Erhalt*** der Kultur und ***der*** Traditionen ***sowie dem Schutz sprachlicher Minderheiten in den vom Wandel betroffenen Regionen***, hätte festlegen sollen;

Änderungsantrag 51

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. fordert die Koordinierung des gerechten Übergangs, um sicherzustellen, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften aktiv in die Gestaltung und Umsetzung territorialer Pläne für einen gerechten Übergang einbezogen werden, damit die territorialen Besonderheiten in vollem Umfang berücksichtigt werden und lokale Interessenträger und Sozialpartner eine angemessene Rolle im Entscheidungsprozess spielen; weist erneut auf die Verpflichtung hin, die Sozialpartner in die Erstellung und Umsetzung territorialer Pläne für einen gerechten Übergang einzubeziehen, und erkennt den wertvollen Beitrag an, den sie während der gesamten Entwicklungs-, Durchführungs-, Überwachungs- und Evaluierungsphasen von Maßnahmen zum Übergang leisten können;

Änderungsantrag 52

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. weist erneut darauf hin, dass gemeinschaftliche oder von der örtlichen Bevölkerung betriebene wohnungsbezogene Projekte in den Genuss eines vereinfachten Zugangs zu Finanzmitteln aus dem Fonds für einen gerechten Übergang kommen sollten, unter anderem durch niedrigere Schwellenwerte für die Kofinanzierung und durch Vorauszahlungen; fordert Orientierungshilfen für die Mitgliedstaaten, um den Akteuren im Wohnungswesen den Zugang zu den Finanzmitteln zu ermöglichen;

Änderungsantrag 53

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. nimmt zur Kenntnis, dass die Digitalisierung wesentlich für die Umsetzung und Steuerung des Fonds für einen gerechten Übergang ist; betont, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten erleichtert werden muss, um eine schnellere Reaktion auf die Bedürfnisse des sich wandelnden Arbeitsmarktes zu ermöglichen; betont, dass auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene bereits Instrumente zur Kompetenzüberwachung vorhanden sind, um den Kompetenzbedarf in den betroffenen Regionen zu überwachen, und fordert, dass die Arbeit des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) auch Regionen im gerechten Wandel einbezieht;

Änderungsantrag 54

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für mehr Kohärenz und Klarheit bei der Auslegung der EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen zu sorgen, soweit diese für gemeinschaftliche und gemeinnützige Gruppen gelten;	20. fordert die Kommission auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten ***auf eine Verringerung des aus den für die Kohäsionsfonds geltenden Vorschriften hervorgehenden Verwaltungsaufwands hinzuarbeiten, um*** für mehr Kohärenz und Klarheit bei der Auslegung ***dieser Vorschriften sowie bei der Auslegung*** der EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen zu sorgen, soweit diese für gemeinschaftliche und gemeinnützige Gruppen gelten; ***betont, dass dafür gesorgt werden muss, dass europäische und nationale Mittel eingesetzt werden, um***

	den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu erleichtern, während die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und der soziale Dialog gefördert und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden; fordert, dass die Auszahlung von EU-Mitteln und die staatlichen Beihilfen der Mitgliedstaaten im Einklang mit einer europäischen Industriepolitik stehen, mit dem Ziel, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, Tarifverhandlungen zu fördern, die Achtung der Arbeitnehmerrechte und -standards der EU sicherzustellen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen zu verbessern und den Verwaltungsaufwand zu verringern, insbesondere für KMU; betont, wie wichtig es ist, den geltenden Arbeitsbedingungen und Arbeitgeberverpflichtungen, die sich aus dem Arbeitsrecht der EU, nationalem Arbeitsrecht und den einschlägigen Tarifverträgen ergeben, zu genügen;

Änderungsantrag 55

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. fordert die Kommission vor dem Hintergrund der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge nachdrücklich auf, Tarifverhandlungen und die Nutzung der Sozialklausel weiter voranzutreiben und Unternehmen Vorrang einzuräumen, für deren Mitarbeiter Tarifverträge gelten; fordert die Kommission auf, die Sozialklausel zu stärken, und betont, dass öffentliche Auftraggeber Wirtschaftsakteure, die in kriminelle Aktivitäten oder solche Aktivitäten, mit denen Tarifverhandlungen oder Gewerkschaften zum Erliegen gebracht bzw. handlungsunfähig gemacht oder

	geschwächt werden sollen, etwa indem systematisch gegen Gewerkschaften vorgegangen wird, verwickelt sind, von öffentlichen Ausschreibungen ausschließen müssen;

Änderungsantrag 56

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert, dass im Rahmen der Kohäsionspolitik die Renovierung von Gebäuden der sozialen Dienste, einschließlich Gesundheitseinrichtungen sowie Betreuungseinrichtungen und Unterkünfte für Kinder und alte Menschen, unterstützt wird; betont, dass die Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz dieser Gebäude die Betriebskosten senken und die Qualität der Infrastruktur aufwerten wird;

Änderungsantrag 57

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission auf, die Einrichtung ***eines Ausbildungsprogramms für soziale Berufe*** für ältere arbeitslose Arbeitskräfte zu erleichtern, die nicht in der Lage sind, sich umzuschulen und einen neuen Arbeitsplatz zu finden; betont, dass dadurch für einige Arbeitskräfte die Lücke zwischen Beschäftigung und Ruhestand geschlossen werden könnte;	22. fordert die Kommission auf, die Einrichtung ***von Ausbildungsprogrammen*** für ältere arbeitslose Arbeitskräfte zu erleichtern, die nicht in der Lage sind, sich umzuschulen und einen neuen Arbeitsplatz zu finden; betont, dass dadurch für einige Arbeitskräfte die Lücke zwischen Beschäftigung und Ruhestand geschlossen werden könnte; ***hält es für notwendig, maßgeschneiderte Schulungsprogramme für junge Arbeitskräfte in Randgebieten und Gebieten mit Entwicklungsrückstand einzuführen, die in den Arbeitsmarkt eintreten, um die Voraussetzung dafür zu***

	schaffen, dass sie in ihren Herkunftsregionen bleiben können, und für Beschäftigungsmöglichkeiten zu sorgen, die mit den regionalen Strategien für wirtschaftliche Entwicklung und Initiativen für intelligente Spezialisierung im Einklang stehen;

Änderungsantrag 58

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert, dass im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang der Verwaltungsaufwand für Gemeinden verringert wird, indem in Städten und Dörfern „Hands-on"-Manager eingesetzt werden, die bei der Ausarbeitung von Förderanträgen und -vorschlägen helfen;	23. fordert, dass im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang der Verwaltungsaufwand für Gemeinden verringert wird, indem in Städten und Dörfern „Hands-on"-Manager eingesetzt werden, die bei der Ausarbeitung von Förderanträgen und -vorschlägen helfen; ***fordert die Kommission auf, die Umsetzung von durch den Fonds für einen gerechten Übergang geförderten Projekten zu verbessern und zusätzliche Investitionen in vom grünen Wandel betroffenen Regionen zu fördern; betont, dass solche Partnerschaften auch Finanzinstitute und Investitionsfonds einbeziehen sollten, um die Mobilisierung ergänzender Finanzmittel zu erleichtern, wodurch eine Hebelwirkung auf öffentliche Investitionen entsteht;***

Änderungsantrag 59

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert, dass im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang das Erbe der betroffenen Gemeinden gewürdigt und Schulungen für Kulturerbeführer eingeführt werden; unterstützt die Einrichtung von Besucherzentren, die die lokale	***entfällt***

Geschichte beleuchten;

Änderungsantrag 60

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. begrüßt die Zusage der Kommission, bis Ende 2025 einen gemeinsam mit den Sozialpartnern ausgearbeiteten Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze vorzuschlagen, um einen gerechten Übergang für alle sicherzustellen; weist darauf hin, dass mit dem Fahrplan gerechte Löhne, hohe Gesundheits- und Sicherheitsstandards, gute Arbeitsbedingungen, Aus- und Weiterbildung sowie faire Arbeitsplatzwechsel für Arbeitnehmer, einschließlich Selbstständiger, unterstützt werden sollten, insbesondere durch eine Steigerung der tarifvertraglichen Abdeckung; betont, dass in dem Fahrplan der Bewältigung von Übergängen Vorrang eingeräumt werden sollte und begleitende Vorschläge zur konkreten Unterstützung der Arbeitnehmer enthalten sein sollten;

Änderungsantrag 61

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Gerechtigkeit vor dem Übergang für die gesamte Wirtschaft	***Soziale*** Gerechtigkeit vor dem Übergang für die gesamte Wirtschaft

Änderungsantrag 62

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. ist der Ansicht, dass Veränderungen in der geopolitischen Landschaft gemeinsam mit anderen Faktoren zu massiven Veränderungen der Funktionsweise der EU-Wirtschaft führen***; fordert die Kommission daher nachdrücklich auf, die Zeitpläne für die Schließung wichtiger Energieunternehmen in*** der ***EU zu überprüfen***;	25. ist der Ansicht, dass Veränderungen in der geopolitischen Landschaft gemeinsam mit anderen Faktoren zu massiven Veränderungen der Funktionsweise der EU-Wirtschaft führen ***und Investitionen zur Erhaltung*** der ***langfristigen Wettbewerbsfähigkeit notwendig machen***; ***betont, dass der grüne und der digitale Wandel untrennbar mit der Wettbewerbsfähigkeit, dem gerechten Übergang, der Modernisierung der Wirtschaft und der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft verbunden sind und dass der MFR für die Zeit nach 2027 daher weiterhin den grünen und den digitalen Wandel fördern muss; besteht darauf, dass der grüne und der digitale Wandel auf sozial gerechte und faire Weise erfolgen müssen, wobei die Antizipation und die wirksame Bewältigung der Veränderungen in der Arbeitswelt beispielsweise durch Pläne für einen nahtlosen Arbeitsplatzwechsel in allen Branchen auf der Grundlage eines sinnvollen und wirksamen sozialen Dialogs sichergestellt werden muss;***

Änderungsantrag 63

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. ist der Auffassung, dass unsere Wohlfahrtsstaaten den allgemeinen Zugang zu hochwertigen wesentlichen Diensten wie sauberem, erschwinglichem und energieeffizientem Wohnraum und Mobilität sowie gestärkte Sozialschutzsysteme sicherstellen sollten, die die verheerenden Folgen des Klimawandels und der Umweltzerstörung abmildern; ist der Ansicht, dass sozioökologische Wohlfahrtsstaaten durch die Umsetzung sozialpolitischer

	Maßnahmen zur Beseitigung sozioökonomischer Ungleichheiten, unsere CO2-Emissionen verringern und unsere Umweltauswirkungen begrenzen, die Lebensqualität der Menschen verbessern und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks stärken werden;

Änderungsantrag 64

Entschließungsantrag
Ziffer 25 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25c. besteht darauf, dass die EU den Rahmen für einen gerechten Übergang, insbesondere den Fonds für einen gerechten Übergang und den Klima-Sozialfonds, stärken muss, um den Übergang gerecht und fair zu gestalten;

Änderungsantrag 65

Entschließungsantrag
Ziffer 25 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25d. betont, dass Europa einen neuen Sozialvertrag braucht, in dem soziale und ökologische Nachhaltigkeit miteinander einhergehen und der auf politischen Maßnahmen aufbaut, die den Übergang zu einer klima- und umweltverträglichen Entwicklung beschleunigen und gleichzeitig strukturelle sozioökonomische Ungleichheiten sowie Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Rasse, einer Behinderung oder anderer Merkmale bekämpfen, Inklusion sowie sozialen und territorialen Zusammenhalt fördern, die Achtung der grundlegenden Menschenrechte gewährleisten und die Armut verringern;

Änderungsantrag 66

Entschließungsantrag

Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. hält es für sehr wichtig, dass die Mitgliedstaaten den sektoralen sozialen Dialog und Tarifverhandlungen fördern, insbesondere in den neu entstehenden grünen Branchen, und die Einbeziehung des Mittelstands, zu dem auch Sozialunternehmen gehören, sicherstellen; hebt hervor, dass die Umsetzung der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union[1a] eine große Chance bietet, Tarifverhandlungen über die Festsetzung der Löhne und die Präsenz der Sozialpartner in den aufstrebenden Branchen zu stärken;
	[1A] Richtlinie (EU) 2022/2041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union, ABl. L 275 vom 25.10.2022, S. 33, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2022/2041/oj.

Änderungsantrag 67

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. fordert einen speziellen Aktionsbereich für nachhaltige soziale Infrastruktur, einschließlich erschwinglichen Wohnraums, kommunaler Energiesysteme und integrierter Dienstleistungszentren in benachteiligten Gebieten;

Änderungsantrag 68

Entschließungsantrag
Ziffer 26 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26c. betont, dass die Klimawende mit Maßnahmen einhergehen muss, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen, und zwar insbesondere von KMU und strategischen Industriezweigen, sichergestellt wird; begrüßt die Ankündigung der Kommission, einen Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit einzurichten, um die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Koordinierungsinstruments für Wettbewerbsfähigkeit finanziell zu unterstützen; betont, dass Investitionen in saubere und strategische Technologien und die Unterstützung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse zwar von wesentlicher Bedeutung sind, dass wirksame Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas jedoch einen umfassenden Ansatz erfordern, der auch gezielte Maßnahmen zur Überbrückung der Qualifikationslücke durch Bildung, (Re-)Qualifizierung und Ausbildung umfasst, um sicherzustellen, dass die europäischen Arbeitskräfte anpassungsfähig und zukunftsfähig bleiben; betont, dass die Wirksamkeit des Fonds von der Zuweisung zusätzlicher Haushaltsmittel und nicht von der bloßen Umverteilung von Mitteln aus bestehenden Programmen abhängt;

Änderungsantrag 69

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. fordert die Kommission auf, einen neuen Fonds, den Fonds für einen gerechten Übergang II, für den Programmplanungszeitraum nach 2027 vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass er	27. fordert die Kommission auf, einen neuen Fonds, den Fonds für einen gerechten Übergang II, für den Programmplanungszeitraum nach 2027 vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass er

nach den Grundsätzen der geteilten Mittelverwaltung und der Partnerschaft funktioniert; betont, dass dieser Fonds über mehr Finanzmittel verfügen sollte als der derzeitige Fonds für einen gerechten Übergang;	nach den Grundsätzen der geteilten Mittelverwaltung und der Partnerschaft funktioniert; ***fordert eine Richtlinie über den gerechten Übergang in der Arbeitswelt, in der ein Rechtsrahmen für die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen in den betroffenen Regionen festgelegt wird;*** betont, dass dieser Fonds über mehr Finanzmittel verfügen ***und zu einem geringeren Verwaltungsaufwand führen*** sollte als der derzeitige Fonds für einen gerechten Übergang***, damit Regionen und Arbeitnehmer im Zuge des grünen Wandels stärker unterstützt werden, und dass die Sozialpartner und lokalen Interessenträger bei der Gestaltung und Umsetzung von Initiativen zur Verringerung negativer sozialer Auswirkungen, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, Energie- und Verkehrsarmut, stärker einbezogen und angehört werden sollten***;

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DIE VERFASSERIN DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Die Verfasserin der Stellungnahme erklärt unter ihrer ausschließlichen Verantwortung, dass sie keine Beiträge von Einrichtungen oder Personen erhalten hat, die gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung in dieser Anlage aufgeführt werden müssen.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	13.5.2025
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 38 –: 12 0: 5
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Maravillas Abadía Jover, Grégory Allione, Li Andersson, Pascal Arimont, Gabriele Bischoff, Vilija Blinkevičiūtė, Rachel Blom, Andrzej Buła, David Casa, Estelle Ceulemans, Leila Chaibi, Per Clausen, Henrik Dahl, Johan Danielsson, Marie Dauchy, Mélanie Disdier, Gheorghe Falcă, Chiara Gemma, Niels Geuking, Juan Carlos Girauta Vidal, Isilda Gomes, Alicia Homs Ginel, Sérgio Humberto, Irena Joveva, Marit Maij, Marlena Maląg, Jagna Marczułajtis-Walczak, Eleonora Meleti, Idoia Mendia, Maria Ohisalo, Branislav Ondruš, Aodhán Ó Ríordáin, Dennis Radtke, Liesbet Sommen, Villy Søvndal, Pál Szekeres, Georgiana Teodorescu, Romana Tomc, Raffaele Topo, Francesco Torselli, Brigitte van den Berg, Marie-Pierre Vedrenne, Marianne Vind, Mariateresa Vivaldini, Petar Volgin, Jan-Peter Warnke, Séverine Werbrouck
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Vivien Costanzo, Estrella Galán, Isabelle Le Callennec, Giusi Princi, Eugen Tomac, Kim Van Sparrentak
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder gemäß Art. 216 Abs. 7 der Geschäftsordnung	Hanna Gedin, Kai Tegethoff

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG DURCH MITBERATENDEN AUSSCHUSS

38	+
NI	Branislav Ondruš, Jan-Peter Warnke
EVP	Maravillas Abadía Jover, Pascal Arimont, Andrzej Buła, David Casa, Gheorghe Falcă, Niels Geuking, Sérgio Humberto, Isabelle Le Callennec, Jagna Marczułajtis-Walczak, Eleonora Meleti, Giusi Princi, Dennis Radtke, Liesbet Sommen, Romana Tomc
Renew	Grégory Allione, Irena Joveva, Eugen Tomac, Brigitte van den Berg, Marie-Pierre Vedrenne
S&D	Gabriele Bischoff, Vilija Blinkevičiūtė, Estelle Ceulemans, Vivien Costanzo, Johan Danielsson, Isilda Gomes, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Idoia Mendia, Aodhán Ó Ríordáin, Raffaele Topo, Marianne Vind
The Left	Li Andersson
Verts/ALE	Maria Ohisalo, Villy Søvndal, Kai Tegethoff, Kim Van Sparrentak

12	-
ECR	Chiara Gemma, Marlena Maląg, Georgiana Teodorescu, Francesco Torselli, Mariateresa Vivaldini
ESN	Petar Volgin
PfE	Rachel Blom, Marie Dauchy, Mélanie Disdier, Juan Carlos Girauta Vidal, Pál Szekeres, Séverine Werbrouck

5	0
EVP	Henrik Dahl
The Left	Leila Chaibi, Per Clausen, Estrella Galán, Hanna Gedin

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung